

Germany-Mainz: Architectural, engineering and planning services**OJ S 167/2020 28/08/2020****Contract notice****Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Mainz, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Fritz-Kohl-Straße 9

Town: Mainz

NUTS code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Postal code: 55122

Country: Germany

Contact person: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: www.lbb.rlp.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDYE2B/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDYE2B>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

(NL Mainz) Neubau Medienhaus auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) in Mainz, Technisches Inbetriebnahmemanagement

Reference number: 20D0194

II.1.2.

Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen das Technische Inbetriebnahmemanagement (TIBM) gem. Leistungsbild Technisches Inbetriebnahmemanagement nach AHO Heft Nr. 19, Stand Jan. 2018 i. V. m. AHO Heft Nr. 9, Stand 2014 für den Neubau eines Medienhauses auf dem Campus der JGU Mainz. Ergänzend zu den Leistungen des TIBM gem. dem o.g. AHO Leistungsbild wird ein Technisches Monitoring (TMon) (für 2 Jahre ab Inbetriebnahme des Gebäudes) nach AMEV Technisches Monitoring 2017, Empfehlung Nr. 135 optional beauftragt u. nach Erfordernis gesondert abgerufen. Die Entscheidung zur Beauftragung des Technischen Monitorings erfolgt in Abstimmung mit dem Nutzer und dem AN in der Projektstufe (PS) 2.

II.1.5. Estimated total value**II.1.6. Information about lots**

This contract is divided into lots: no

II.2. Description**II.2.2. Additional CPV code(s)**

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services, 71300000 Engineering services, 71541000 Construction project management services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Mainz

II.2.4. Description of the procurement

Um die derzeit noch über 7 Standorte verteilten Institutionen der Medienforschung der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität und der Hochschule Mainz an einem Standort zu konzentrieren, soll ein neues Medienhaus auf dem Campus der JGU errichtet werden. Standort hierfür ist das Grundstück neben der Philosophischen Fakultät (Geb. 1141). Das Grundstück grenzt an die vielbefahrene Haupteinfallstraße von Mainz (Saarstr.) und an die Straßenbahnlinie Mainzelbahn.

Die derzeit auf dem betreffenden Baufeld befindlichen Bestandsgebäude werden komplett zurückgebaut. Der Rückbau ist nicht Teil dieser Ausschreibung.

Im Neubau sollen im Wesentlichen folgende Nutzungen untergebracht werden:

- Produktionsräume, Studios (Audio, Video) mit zugehörigen Lagerräumen;
- Bluescreenstudio;
- Werkstatträume mit zugehörigen Lagerräumen;
- Schnitt- und Sichtplätze (Film und Ton);
- Multimedialabore;
- Multimediahörsaal mit Abstellraum (ca. 220 qm);
- PC-Pool/E-Klausuren Raum;
- Konferenz- und Seminarräume;
- Büroräume.

Das Technische Inbetriebnahmemanagement erstreckt sich auf alle energierelevanten und funktionellen Anlagen und Systeme der folgenden Anlagengruppen:

- Wärmeversorgungsanlagen;
- Lufttechnische Anlagen;
- Starkstromanlagen;
- Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen;
- Förderanlagen;
- Nutzungsspezifische Anlagen (insbes. Medientechnik);
- Gebäudeautomation.

Für die Maßnahme wurden ein Raumbedarfsplan, QBA und Betriebsbeschreibungen erstellt.
Gebäudedaten:

Aktuell genehmigte HNF / NUF 1-6: ca. 6 563 m²

Grob geschätzte Baukosten nach DIN 276:

KG 300: ca. 30 Mio. EUR brutto

KG 400: ca. 15 Mio. EUR brutto

Geplanter Projektablauf:

Erstellung HU-Bau: bis 31.08.2021

Baubeginn: 08/2023

Fertigstellungstermin: 07/2026

Übergabe: 02/2027

Das Gebäude soll nachhaltig geplant und gebaut werden. Der Leitfaden Nachhaltiges Bauen des Bundes soll sinngemäß angewendet werden (BNB Unterrichtsgebäude-Neubau UN 2017). Es sollen folgende Teilaspekte des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) betrachtet werden/Referenzgebäude Unterrichtsgebäude-Neubau UN 2017:

- BNB Steckbrief Nr. 1.2.3 – Trinkwasserbedarf und Abwasseraufkommen;
- BNB Steckbrief Nr. 2.2.2 – Anpassungsfähigkeit;
- BNB Steckbrief Nr. 3.2.1 – Barrierefreiheit;
- BNB Steckbrief Nr. 4.1.6 – Bedienungs- und Instandhaltungsfreundlichkeit der TGA;
- BNB Steckbrief Nr. 5.2.3 – Systematische Inbetriebnahme.

Eine Zertifizierung nach BNB ist nicht vorgesehen. Die Einschaltung eines BNB-Koordinators ist nicht geplant.

Der Auftraggeber behält sich vor, für die Ausführung der Baumaßnahme einen Generalunternehmer zu beauftragen.

Die Einschaltung eines Projektsteuerers ist vorgesehen. Das Vergabeverfahren wird zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses für das Technische Inbetriebnahmemanagement voraussichtlich abgeschlossen sein.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 100

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix u. -systematik, welche in den Teilnahmeunterlagen (s. Ziff. I.3)) der

Bekanntmachung) („Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Anzahl der Beschäftigten im Bereich Technisches Inbetriebnahmemanagement, Anzahl und Qualität der Referenzen des Bewerbers /Unternehmens und des Projektleiters.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Die Beauftragung erfolgt in Projektstufen entsprechend AHO-Heft Nr. 19, 2018 i.V.m AHO Heft Nr. 9, 2014. Mit Vertragsschluss werden nur Leistungen der PS 2 beauftragt.

Der AG behält sich vor, bei Fortsetzung der Planung u. Ausführung der Maßnahme die Leistungen der PS 3, 4, 5, „Nachlaufende Leistungen in der Nutzungsphase“, Besondere Leistungen sowie das TMon stufenweise zu beauftragen und die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner PS zu beschränken.

Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abruft. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Der AG behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen od. den Zuschlag auf Grundlage der mit dem Honorarangebot in Textform eingereichten Präsentationen zu vergeben, ohne Verhandlungsgespräche durchzuführen. In diesem Fall gelten angepasste Zuschlagskriterien, die den Vergabeunterlagen (Bewertungssystematik zur Bewertungsmatrix Stufe 2) zu entnehmen sind.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: Eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung bzw. eine aktuelle, schriftliche Bestätigung der Versicherung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit dem geforderten Versicherungsschutz (s. unten angegebene Mindeststandards) oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Versicherungssummen während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Objekt mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den Jahresumsatz im Bereich Technisches Inbetriebnahmemanagement.

Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 3 000 000 EUR für Personenschäden und von mind. 3 000 000 EUR für sonstige Schäden, mit einer Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Objekt um mindestens das Zweifache bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen oder Kreditversicherer.

Der Jahresumsatz brutto im Bereich Technisches Inbetriebnahmemanagement der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 500 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV, wie nachfolgend näher beschrieben, einzureichen.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

— der Projektleiter (PL);

— der stellv. Projektleiter (stellv. PL).

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen.

Für den Bewerber/das Unternehmen, den PL und den stellv. PL sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge

berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und jeweils die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein vom Auftraggeber zur Verfügung gestelltes Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme und -beschreibung bezogen auf die Leistungen des TIBMS,
- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift,
- c) Nutzflächender Maßnahme (NUF 1-6 nach DIN 277),
- d) Umfang der erbrachten Leistung im Bereich TIBM,
- e) Zeitraum der Erbringung der Leistungen zum TIBM (von/bis),
- f) Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Gebäudes,
- g) Baukosten (KG 200-600 nach DIN 267) u. gesondert Kosten der KG 300 u. der KG 400, jeweils brutto,
- h) Anlagengruppen, für die das TIBM durchgeführt wurde.

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers im Bereich Technisches

Inbetriebnahmemanagement in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrags er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Der PL sowie der stellv. PL müssen eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master an Univ. oder FH bzw. HAW) in einer Fachrichtung im Bereich der Technischen Ausrüstung gemäß §53 HOAI 2013 und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren im Bereich Technische Ausrüstung gem. HOAI sowie von mind. 3 Jahren im Bereich Technisches Inbetriebnahmemanagement nach Studienabschluss nachweisen.

Für die Referenzobjekte gelten folgende Mindestanforderungen:

Bewerber/Unternehmen:

Mind. 2 Referenzen über das Techn. Inbetriebnahmemanagement für mind. Anlagengruppen 2 bis 8 gemäß § 53 Abs. 2 HOAI bei einem Hochbauprojekt mit hohem Technisierungsgrad (Anteil der KG 400 nach DIN 276 mind. 30 % der KG 300+400), mindestens 800 m2 NUF 1-6 und KG 300+400 i. H. v. mind. 5 Mio. EUR (brutto).

Projektleiter:

Mind. 1 Referenz über das Techn. Inbetriebnahmemanagement bei einem Hochbauprojekt mit hohem Technisierungsgrad (Anteil der KG 400 nach DIN 276 mind. 30 % der KG 300+400), mindestens 800 m2 NUF 1-6 und KG 300+400 i. H. v. mind. 5 Mio. EUR (brutto).

Stellv. Projektleiter:

Mind. 1 Referenz über das Techn. Inbetriebnahmemanagement bei einem Hochbauprojekt mit hohem Technisierungsgrad (Anteil der KG 400 nach DIN 276 mind. 30 % der KG 300+400), mindestens 800 m2 NUF 1-6 und KG 300+400 i. H. v. mind. 5 Mio. EUR (brutto).

Zugelassener Referenzzeitraum:

Es finden nur Referenzprojekte Berücksichtigung, bei denen die Inbetriebnahme des Gebäudes zwischen dem 1.8.2010 und dem Ende der Teilnahmefrist nach Ziff. IV.2.2) erfolgt ist.

Die Referenzen des Bewerbers, des PLs und des stellv. PLs dürfen identisch sein.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers im Bereich Technisches Inbetriebnahmemanagement muss in den letzten 3 Jahren mind. 5 Beschäftigte betragen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 29/09/2020 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2)) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP.

Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYDYE2B

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftsstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telephone: +49 6131-162234

Fax: +49 6131-162113

Internet address: <http://www.mwvlw.rlp.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach

Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

25/08/2020